
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Der Lehrkräftemangel braucht bundesweite Lösungen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird die KMK-Präsidentschaft des Landes Berlin im Jahr 2023 nutzen, um einen Staatsvertrag zur Lehrkräftebildung zu initiieren. Ziel muss es sein, dass sich alle Bundesländer verbindlich zur bedarfsdeckenden und bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften verpflichten. Grundlage dafür müssen standardisierte Lehrkräftebedarfsprognosen der Länder sein, die auch dringend notwendige pädagogische Verbesserungen berücksichtigen.

Begründung

Nicht nur in Berlin fehlen ausgebildete Lehrkräfte, auch andere Länder sind vom dramatischen Lehrkräftemangel betroffen: Lehrkräftegewerkschaften gingen zu Beginn des laufenden Schuljahres von einer Lücke von 20.000 bis 40.000 Lehrkräften aus – ohne Aussicht auf zeitnahe Besserung. Für 2035 prognostiziert die KMK ausgehend von den Berechnungen der Länder einen bundesweiten Mangel von fast 24.000 Lehrkräften (KMK, Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2020 - 2035). Der Bildungsforscher Klaus Klemm, der auch notwendige pädagogische Verbesserungen in seine Prognose einbezieht, geht für 2035 sogar von einem Fehlen von 85.000 bis 158.000 Vollzeit-Lehrkräften aus (Klaus Klemm, Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2035, Essen 2022, S. 30).

Dennoch bilden viele Bundesländer weiterhin weit weniger Lehrkräfte aus, als sie benötigen, um den eigenen Bedarf zu decken. Einzig in Baden-Württemberg überstieg die Zahl der Absolvent*innen 2019 den Einstellungsbedarf, sechs Bundesländer reduzierten ihre Studienplatzkapazitäten zwischen 2011 und 2019 sogar. Trotz eines insgesamt festzustellenden Ausbaus der Kapazitäten und steigenden Studienanfänger*innenzahlen, reduzierte sich die Zahl

der Absolvent*innen im gleichen Zeitraum erheblich, wobei der Mangel sich in den verschiedenen Lehrämtern/Fächern unterschiedlich dramatisch darstellt (Mark Rackles, Lehrkräftebildung 2021, Berlin 2020, S. 9 ff.). Die Folge ist eine zunehmend schärferer Wettbewerb um grundständig ausgebildete Lehrkräfte zwischen den Bundesländern.

Das Land Berlin wird deshalb seine KMK-Präsidentschaft im Jahr 2023 nutzen, um wie im Koalitionsvertrag vereinbart (S. 118) einen bundesweiten Staatsvertrag zur bedarfsdeckenden und bedarfsgerechten Lehrkräftebildung auf den Weg zu bringen. Dazu sollen die für Bildung und Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltungen gegenüber den anderen Bundesländern auf Ebene der KMK initiativ tätig werden. Grundlage hierfür müssen standardisierte und damit vergleichbare Lehrkräftebedarfsprognosen der Länder sein, die auch pädagogische Verbesserungen als Modell einberechnen. Denn bisher ist auch hier das Vorgehen der einzelnen Länder sehr unterschiedlich – mit dem Ergebnis deutlicher Fehlprognosen (Rackles, S. 16 f.).

Berlin, den 26. Januar 2023

Saleh Hopp Czyborra Aydin
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf Krüger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Brychcy
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke